



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Glier: Ist England steuermüde geworden? : (Schluß)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Ist England steuermüde geworden?

Von Dr. Glier

(Schluß)

Die Tatsache, daß der Schatzkanzler über die Frage, ob er nicht durch Erhöhung der Einkommensteuer seine Einnahmen heben solle, wortlos hinwegglitt, verdient festgehalten zu werden; und noch mehr die Tatsache, daß er bei der ersten Lesung der Steuervorlage von mehreren Seiten direkt gefragt wurde, warum er bei der Einkommensteuer nicht aufgeschlagen habe und daß er auf diese Anzuspitzungen keine Antwort gab.

Wo mag der Grund für seine Schweigsamkeit und für sein „Beharrungsvermögen“ gelegen haben?

Daß es bei der Steuer in der Höhe von 25 Prozent vom Einkommen (5 s vom Pfund) noch nicht sein Bewenden haben wird, daß man in England noch auf 30 Prozent und mehr als „Rate“ bei der Einkommensteuer kommen wird, ist nicht ausgeschlossen. Nach dem Kriege wird vermutlich ein Teil der indirekten Steuern abgebaut und für den Ausfall Ersatz gesucht werden müssen; natürlich bei der Einkommensteuer; es sei denn, der Freihandel würde abgedankt und an seine Stelle der Schutz Zoll gesetzt. Wird dieser die großen Erträge bringen, die man sich von ihm verspricht? Nur dann, wenn man die Einfuhr von Getreide und Fleisch besteuert; das aber ist der Stein des größten Anstoßes für den englischen Arbeiter. Mit den Industriezöllen befreundet sich natürlich dieser ohne weiteres; ob auch mit den Nahrungsmittelzöllen, erscheint heute noch zweifelhaft. Die im Gange befindliche Wahlreform mit ihrer Verbreiterung des Wählerkreises ist der Einführung von Lebensmittelzöllen in England kaum förderlich. Die Hausfrauen mit Stimmrecht sind Gegnerinnen der Verteuerung der Lebenshaltung.

Die Frage der Erhöhung der englischen Einkommensteuer hat ihre Schatten schon auf die leztthin ausgegebene dritte Kriegsanleihe geworfen. Von dieser wurden zwei Serien zur Zeichnung aufgelegt; die eine zu 4 Prozent, einkommensteuerfrei, aber zuschlagssteuerpflichtig, Ausgabepreis 100, Rente 4 Prozent; und die andere zu 5 Prozent bei 95 Ausgabepreis; sie rentiert bei 5 s Einkommensteuer auf das Pfund mit 3 L 19 s; dazu Tilgungsprämie bei dreißig Jahren Laufzeit 1 s 4 d; bei nur zwölfjähriger Laufzeit 6 s 6 d. — Nach welchem Typ sollte da der Kapitalist greifen? Wenn die Einkommensteuer künftig da stehen blieb, wo sie stand, so war die fünfprozentige Serie vorzu-

ziehen; natürlich erst recht, wenn die Einkommensteuer sich ermäßigte. Wurde sie aber erhöht, so hatte der Zeichner auf die vierprozentige Serie das bessere Los gezogen.

Auf die einkommensteuerfreie Serie ist nun sehr wenig gezeichnet worden, nicht ganz 22 Millionen Pfund Sterling; mehr als das Vierzigfache auf die fünfprozentige Serie, welche das Risiko der Einkommensteuer zu tragen hat. Das läßt vermuten, daß den Zeichnern ein vom Schatzamt ausgegebenes Stichwort zugeflüstert worden ist, läßt vermuten, daß man bei den Beratungen über die Anleihebedingungen Andeutungen fallen ließ, daß der gegenwärtige Einkommensteuersatz von 25 Prozent (der im übrigen erst von 2000 Pfund Sterling ab erhoben wird; die geringeren Einkommen genießen Abatements) beibehalten, d. h. nicht erhöht werden würde. Schlüge, von solchen Zusicherungen ganz abgesehen, der Schatzkanzler jetzt bei der Einkommensteuer auf, so setzte er sich dem Vorwurfe aus, daß er die Zeichner auf die fünfprozentige Serie „hereingelegt“ habe; daß er ihnen heute eine brutto $5\frac{1}{4}$ Prozent, netto etwas über 4 Prozent bringende Anleihe angeboten habe, um morgen den Nettozinsgenuß durch Erhöhung des Einkommensteuersatzes wieder zu schmälern. Er wird sich also im Gewissen für verpflichtet gehalten haben, von einer Erhöhung der Einkommensteuer vorerst Abstand zu nehmen. Er wäre in einen ähnlichen Auf gekommen wie Mr. Kenna, der im Juli 1915 eine viereinhalbprozentige Anleihe ausgab und dann — so eine Hinterhältigkeit! — im September 1915 die Einkommensteuer um 40 Prozent heraufsetzte; der den Zeichnern auf die zweite Kriegsanleihe das Versprechen gab, sie könnten ihre Titel in jede besser verzinsliche Kriegsanleihe umtauschen — und der sich dann mit den unglaublichsten Mitteln um die Ausgabe der dritten Kriegsanleihe zu drücken versuchte.

Dazu kam noch ein Gesichtspunkt. Der dritten englischen Kriegsanleihe ist das gleiche Geschick widerfahren wie ihren beiden Vorgängerinnen; eben ausgegeben, ist sie unter ihren Emissionskurs gesunken. Wenn der Schatzkanzler jetzt die Einkommensteuer auf 6 s vom Pfund erhöht haben würde, so wäre ein weiterer Kurssturz die Folge gewesen. Wer hätte dann bei den üblen Erfahrungen, die man in England bei allen Kriegsanleihezeichnungen gemacht hat, die nächste Kriegsanleihe gezeichnet?

Gleichgültig aber, aus welchen Gründen Bonar Law den Einkommensteuerzahler „endlich“ in Ruhe gelassen hat: it will be a relief to many people to know definitely that the income-tax is not to be raised („Times“, 3. Mai 1917). Mit anderen Worten: der Einkommensteuerzahler selbst war überrascht, daß er in Ruhe gelassen wurde; er hatte mit der Tatsache, daß man ihm neuerdings an die Börse rücken würde, zu rechnen begonnen.

Bei den Abgeordneten aber stieß der Schatzkanzler mit diesem Verzicht auf die Erhöhung der Einkommensteuer nur auf geteiltes Verständnis. Nach Mr. Arnolds Ansicht trug das Budget den Erfordernissen nicht Rechnung. Der vom Schatzkanzler vorgeschlagenen Erhöhung der Einnahmen um 30 Mil-

tionen sollten sofort noch 30 Millionen hinzugefügt werden. Jetzt, solange der Krieg dauere, sei die Zeit der Ausschreibung neuer Steuern günstig; jetzt sei das Volk noch geneigt, zu der Deckung der Kosten des Krieges durch hohe Steuern beizutragen. Die Abgaben auf Nahrungsmittel (food-taxes, womit der Redner an Tee und Zucker gedacht haben wird) seien viel zu hoch; sie bedrückten weite Volkskreise, deren Einkommen durch die Preissteigerungen eigentlich unter das Existenzminimum gesunken wäre. Man solle höhere direkte Steuern ausschreiben und die indirekten Steuern bei entbehrlichen Gegenständen erhöhen.

Major C. Collins bedauerte es lebhaft, daß der Schatzkanzler nicht den Mut aufgebracht habe, den durch den Krieg notwendig gewordenen Ausgaben mit höheren Einnahmen zu begegnen. Er habe gehofft, daß das Land zu einem großen finanziellen Opfer aufgerufen werden würde (Vermögenssteuer?). Wenn die Soldaten aus dem Kriege nach Hause kämen, würden sie eine große Staatsschuld vorfinden. Man hätte ihnen dann nicht nur zugemutet, die Schlachten zu schlagen, sondern käme ihnen jetzt auch noch damit, genau so viel Steuern zu zahlen wie die, welche zuhause geblieben wären. Die Einkommensteuer müsse unbedingt auf 6 s 2 d vom Pfund erhöht werden.

Mr. Duthwaite erklärte, daß nach dem Kriege ein großer Teil der gegenwärtigen indirekten Besteuerung verschwinden müsse. Mit Friedensschluß werde man sich der Notwendigkeit gegenübergestellt sehen, die Einkommensteuer auf 10 s vom Pfund (!) zu erhöhen.

Wie aus diesen wenigen Zeugnissen ersichtlich, hat der Schatzkanzler es an „Entschiedenheit“ fehlen lassen. Er hat allerdings „seine guten Gründe“ für seine Zaghaftigkeit gehabt. Von bereits berührten Erwägungen abgesehen, dachte er wohl, daß er auch so sein Auskommen finden würde, wiewohl er sich bewußt sein mußte, daß er an manchen Stellen seines Voranschlages — bei den Einnahmen und bei den Ausgaben — zu optimistisch gerechnet haben könnte. Er trug sich offenbar mit der Annahme, daß die Ausgaben zurückgingen; daß die Zuschüsse, welche England seinen Verbündeten gewähren muß, nicht mehr so groß sein werden wie früher; daß er deren Ansprüche in der Hauptsache auf die Vereinigten Staaten abschieben kann usw. Er rechnete allem Anschein nach auch damit, daß England seine eigene Kriegsführung demnächst verbilligen kann; daß mit den Vereinigten Staaten ein Abkommen zur Eindämmung der Preissteigerung bei den Hauptartikeln, welche England drüben kaufen muß, z. B. bei Weizen, zustande kommen wird. Mr. Kenna hat in seiner Antwort auf die Rede des Schatzkanzlers ungeniert zum Ausdruck gebracht, daß die Vereinigten Staaten jetzt, als Verbündete, ein solches Opfer auf sich nehmen und das gute Beispiel Englands, welches seinen Verbündeten gegenüber auch in eine Beschränkung der Höchstsätze für Frachten und Kohlen gewilligt habe, befolgen müßten.

Die ersten sechs Wochen des laufenden Finanzjahres allerdings geben keinen Anlaß zu der Annahme, daß die Kriegsausgaben Englands sinken

werden; eher zum Gegenteil. Am 9. Mai legte der Schatzkanzler dem Unterhaus einen neuen Kredit vor und mußte zu seinem Schreck gestehen, daß das am 12. Februar für 1917/18 bewilligte Vote of Credit von 350 Millionen, das bis Ende Mai reichen sollte, schon um die Mitte des Monats erschöpft sein würde. Der Tag erfordere jetzt eine Gesamtaufwendung von $7\frac{1}{2}$ Millionen Pfund Sterling, 2 Millionen mehr als erwartet.

Er legte die Fehlerquellen für seinen Irrtum dar und glaubte, daß es in der nächsten Zeit besser würde. Die fünf Wochen vom 1. April bis 3. Mai seien viel zu kurz, als daß man den für diese Zeitspanne errechneten Durchschnitt der Ausgaben als Norm für das ganze Jahr annehmen könne.

Bisher hat aber die Hoffnung des Schatzkanzlers auf Minderung der Ausgaben getrogen. Am 11. Juni 1917 mußte er im Unterhaus zugeben, daß die durchschnittliche Tagesausgabe für die ersten 9 Wochen des Finanzjahres $7\frac{4}{5}$ Mill. Pf. betragen haben. Nach den Gründen gefragt, meinte er, es gäbe deren eine ganze Anzahl, die aber zu verwickelt wären, um darauf im Wege von Rede und Antwort Auskunft geben zu können.

V.

Aber was nicht ist, das kann noch werden. Für alle Fälle hat der englische Schatzkanzler noch eine Steuer in petto; nämlich die — Hundesteuer!

Man lache nicht! Es ist dem englischen Schatzkanzler damit Ernst. In wohlgelegter Rede hat er dem Unterhaus (3. Mai 1917) dargelegt, daß er da zwei Fliegen mit einem Schlag zu erwischen gedenke.

„Die Hundefrage ist von Bedeutung (is important) . . . In dem Gefühl, daß sie von allen Seiten ermogen werden müßte, sagte ich mir, als ich mich an das Studium des Budgets machte, daß die Frage auch vom Gesichtspunkt der Ernährung aus zu betrachten sei, also unter dem Gesichtspunkt, ob man die Steuer nicht in den Dienst des allgemeinen Ernährungsproblems stellen könnte. Ich sprach darüber mit dem Nahrungsmittel-Kontrolleur und wir beschloßen die Einsetzung eines Komitee, in dem die sämtlichen in Betracht kommenden Regierungsstellen vertreten sein sollten, um die Angelegenheit gründlich zu erörtern. Es handelt sich keineswegs nur um eine Frage der Besteuerung oder Ernährung; auch die allgemeine Verwaltung kommt in Betracht; die Sorge dafür, daß man den herumirrenden Hunden nachgeht, und daß keine Hunde gehalten werden, für welche keine Steuer bezahlt wird. Wie zu erwarten, entschied sich die Kommission dafür, daß man der Frage im Steuerwege zu Leibe zu gehen habe.

Ich halte es für richtig, das Haus vorweg zu unterrichten, wie sich die Regierung die Regelung der Frage unter dem Gesichtspunkt der Steuer denkt. Ich möchte da zwar noch keine Zahlen geben; immerhin aber glaube ich, soll das Haus erfahren, was mir als bester Weg vorschwebt.

Wer gegenwärtig schon Hundesteuer bezahlt und sich einen Hund hält, wird etwas mehr als bisher bezahlen müssen. Für den zweiten Hund wird

die Steuer stark erhöht werden; und wenn jemand mehr als zwei Hunde zu halten wünscht, so muß er für jedes Stück noch mehr zahlen. Eine verhältnismäßig sehr hohe Steuer aber wird derjenige zu entrichten haben, der jetzt keinen Hund hält und einen solchen halten will, also einen neuen Hund (sich verbessernd): d. h. der Hund ist nicht neu, aber es ist ein neuer Hundeeigentümer da."

Die englischen Staatsausgaben werden für 1916/17 auf über 45 Milliarden Mark veranschlagt; bei nicht ganz 13 Milliarden Mark Einnahmen zeigt die Staatsrechnung einen Fehlbetrag von mehr als 32 Milliarden Mark. Angesichts dieser Ziffern erörtert der Schatzkanzler die Möglichkeit, die Hundesteuer, welche jetzt in Schottland jährlich 50000 Pfund Sterling und in England 660000 Pfund Sterling bringt, „auszubauen“. Und das Unterhaus hört ihm zu, ohne ihn auszulachen. Man ist direkt versucht, zu glauben, daß Don Quichote de la Mancha von Spanien nach England ausgewandert und dort Schatzkanzler geworden ist.

Ein billiges Wortspiel liegt hier nahe: daß Englands Finanzen auf den Hund gekommen sein müssen, wenn der Schatzkanzler der Hundesteuer im Rahmen eines 45 Milliarden-Mark-Budgets ein solches Gewicht beilegt, wenn er die Frage der Hundehaltung jetzt unter dem Gesichtspunkt der Steuererträge des Langen und Breiten vor dem Parlament zu erörtern angezeigt findet.

Zimmerhin: „It is a question of administration, of making sure that stray dogs are really dealt with and that dogs are not kept for which a license has not been taken.“

Zu all dem braucht man aber doch Leute, welche den Dingen nachgehen (zumal wenn die „Dinge“ vier Beine haben, auf denen sie weglaufen können); und die verlangen Gehalt. Ob nicht die Erhöhung der Einkommensteuer um $1\frac{1}{2}$ s mehr gebracht haben würde als die geplante Erhöhung der Hundesteuer? Und dabei hätte man keine neuen Beamten anstellen brauchen (und welche Rolle spielt jetzt die Frage des Stabes der Steuerbehörden bei allen Erörterungen über neue Steuern!); denn die Arbeit des Steuerzettelausschreibens ist dieselbe, ob bei der Berechnung der Einkommensteuer eine Rate von 5 s oder 5 s 6 d zugrunde gelegt wird. Die mit der Berechnung verbundene Mühe ist in beiden Fällen die gleiche; ganz besonders dann, wenn der Clerik eine Tabelle vor sich liegen hat, in der für alle Einkommen von 131 bis 50000 oder 100000 Pfund Sterling der Steuerbetrag vermerkt ist. Verschieden ist nicht der Arbeitsaufwand, wohl aber der Arbeits„ertrag“.

Und was wird aus der ganzen englischen Hundesteuer-Gesetzgebung, wenn der Nahrungsmittel-Kontrollleur seine Absicht ausführt, die Herstellung von Hundekuchen zu verbieten? Dann ist die ganze Denk- und Redearbeit des Schatzkanzlers umsonst gewesen!

Man wird in der Annahme, daß jetzt einem Ritter von trauriger Gestalt die englischen Finanzen anvertraut sind, bestärkt, wenn man hört, was

der englische Schatzkanzler über deutsche Steuerverhältnisse, insbesondere über die deutsche Kriegsgewinnsteuergesetzgebung zu sagen sich unterfing.

Bei den allgemeinen Erörterungen des Budgets wurde von Mr. Annan Price angeregt, man möchte größere Reservestellungen von der Kriegsgewinnsteuer freigeben und es so den Firmen ermöglichen, für den nach dem Kriege einsetzenden scharfen internationalen Wettbewerb sich zu rüsten. Er führte dabei aus, daß in Deutschland seines Wissens die Einkommensteuer nicht erhöht worden sei; dort erhebe man auch keine Kriegsgewinnsteuer. Aus den Abschlüssen großer deutscher Gesellschaften ginge hervor, daß sie ungeheure Summen für den wirtschaftlichen Krieg nach dem Friedensschluß bereitstellten. Diesem Beispiel müßten die englischen Gesellschaften folgen können.

Was gab der Schatzkanzler darauf zur Antwort?

Wenn er es schon unter seiner Würde erachtete, sich um die Finanzgesetzgebung der deutschen Bundesstaaten zu kümmern, so war er doch eigentlich verpflichtet, von der Steuergesetzgebung des Deutschen Reiches etwas zu wissen und den Vorredner dahin zu berichtigen, daß — entgegen dessen Annahme — eine Kriegsgewinnsteuer in Deutschland ausgeschrieben worden ist. Davon aber war dem (auch bevor er ins Kabinett berufen wurde) in der politischen Hierarchie weit oben stehenden, und deshalb zur Beobachtung wirtschaftlicher Vorgänge im Feindesland verpflichteten Bonar Law nichts bekannt. Als Schatzkanzler hätte er natürlich erst recht darum wissen sollen, daß auch in Deutschland eine Kriegsgewinnsteuer eingeführt worden ist. Er „wußte aber von nichts“, hat vielmehr folgende Darlegungen gewagt, mit denen er sich selbst und dem ganzen englischen Unterhaus, aus dem heraus niemand ihn zu verbessern wagte, ein Denkmal setzte:

„Was den vom Vorredner angestellten Vergleich der Lage von Industrie und Handel in der Zeit nach dem Kriege in Deutschland und England angeht, so hat das Mitglied des Hauses ganz richtig bemerkt (had said quite truly), daß in Deutschland so etwas wie eine Kriegsgewinnsteuer nicht eingeführt worden ist, und daß deshalb die deutschen Unternehmungen für die Zeit nach dem Kriege sich in einer wesentlich günstigeren Lage befinden als die englischen. Warum hat Deutschland keine Kriegsgewinnsteuer eingeführt? Der Grund dafür ist der gleiche wie für den Krieg überhaupt: die Regierung befindet sich in Deutschland in den Händen einer kleinen, aber stimmkräftigen (small but vocal) Klasse, und man hat es nicht über sich gebracht, dieser Opfer im Interesse des Krieges zuzumuten, die man anderen, von der Regierung ausgeschlossenen Klassen sehr reichlich aufgebürdet hat.“

Und um jeden berichtigungslustigen Abgeordneten „niederzubogen“, versicherte der Schatzkanzler später nochmals: Es sei ganz richtig (It is quite true), daß man in Deutschland keine Kriegsgewinnsteuer ausgeschrieben habe.

Nachdem der englische Schatzkanzler das Kunststück fertig gebracht hat, nichts davon zu wissen, daß bei uns im Jahre 1916 eine Kriegsgewinnsteuer

ausgeschrieen worden ist, hätte man glauben sollen, daß er, seit Dezember 1916 im Amt, wenigstens von der im März 1917 erfolgten — Erhöhung etwas gewußt hätte. Aber er brachte es fertig, auch davon nichts zu wissen — ein sprechendes Zeugnis für die Leistungsfähigkeit der englischen Zensur, welche dafür sorgt, daß sogar die Minister über das Ausland das nicht erfahren, was zu wissen für sie amtlich von Interesse sein mußte. Bleibt nur noch die eine Tatsache aufzuklären, wie der Schatzkanzler von der übrigen deutschen Steuergesetzgebung Kenntnis erhielt; im besonderen davon, daß die unteren Klassen, denen in England demnächst fast die gleichen politischen Rechte eingeräumt werden wie im Deutschen Reich, mit so drückenden Kriegsabgaben bedacht worden sind.

VI.

Wenn mit den bisherigen Ausführungen Beweismaterial für die Behauptung zusammengetragen worden ist, daß England Zeichen von Steuermüdigkeit äußert, so soll damit das, was England auf steuerlichem Gebiete einstweilen geleistet hat, nicht im mindesten herabgesetzt werden.

Schon vor dem Kriege gewohnt, die Steuerschraube viel schärfer anzuziehen als die Festlandstaaten, hat es im Kriege seine Einnahmen in einem Grade zu steigern verstanden, den anzudeuten vor drei Jahren kein „vernünftiger Mensch“ gewagt hätte. Ein steuerlicher Opfermut sondergleichen spricht aus den Einnahmeausweisen des Schatzamtes, ein steuerlicher Opfermut, wie ihn zu Kriegszeiten eben nur England aufzubringen gewohnt ist.

	Einnahmen Millionen Pfund	darunter Steuern Sterling
1913/14	198	163
1914/15	226	189
1915/16	336	290
1916/17	573	514 (375)
1917/18 (Schätzung) .	639	569 (369)

In den Steuern für die letzten zwei Jahre ist die Kriegsgewinnsteuer mit 139 Millionen für 1916/17 und (schätzungsweise) 200 Millionen für 1917/18 enthalten. Sie hat nicht als dauernde Einnahme zu gelten; wenn man sie, um die Kurve der Steigerung „reiner“ zu zeigen, ausscheidet, so ergeben sich die oben in Klammern gesetzten Beträge.

Die „wiederkehrenden“ Steuern sind also von 163 Millionen Pfund Sterling vor dem Kriege auf 375 Millionen lezt hin hinaufgeschraubt worden, wobei der Löwenanteil den direkten Steuern zugewiesen wurde.

A. Indirekte Steuern

Es brachten

	Customs Millionen Pfund	Excise Sterling
im Rechnungsjahre 1913/14 . .	35,45	39,59
„ „ 1914/15 . .	38,66	42,31

im Rechnungsjahre 1915/16 . .	59,61	61,21
" " 1916/17 . .	70,56	56,38

Während in den zwei ersten in den Krieg fallenden Finanzjahren das Ist der Zölle weit über dem Soll stand, während im Jahre 1914/15 die Zölle um etwas über 3 Millionen und im Jahre 1915/16 um etwas über 10 Millionen mehr brachten als erwartet, sind sie im Jahre 1916/17 um $\frac{1}{2}$ Million hinter dem Voranschlag zurückgeblieben.

Jetzt will der Schatzkanzler aus dem Tabakzoll 6 Millionen neu gewinnen. Er müßte also für das Rechnungsjahr 1917/18 etwas über 76 Millionen Pfund Sterling bei den Zolleinnahmen einstellen; er rechnet aber nur mit knapp 71 Millionen Pfund Sterling, rechnet also damit, daß den beim Tabak erwarteten Mehrerträgen die steigende Notwendigkeit der Verbrauchseinschränkung Mindererträge bei anderen Steuerobjekten gegenüberstellen wird.

Bei Excise (in der Hauptsache Bier-, Branntwein- und Schanksteuer) ist es jetzt schon stark abwärtsgegangen. Während in den zwei ersten in den Krieg fallenden Finanzjahren auch hier der Ertrag den Anschlag immer weit überschritten hat (im Rechnungsjahr 1914/15 um $2\frac{1}{2}$ Millionen und während 1915/16 um $6\frac{1}{2}$ Millionen Pfund Sterling), blieb er im Rechnungsjahr 1916/17 um nicht weniger als 9 Millionen hinter dem Voranschlag (65 Millionen Pfund Sterling) zurück.

Für das laufende Finanzjahr rechnet der Schatzkanzler hier nurmehr mit 35 Millionen Pfund Sterling, d. h. mit weniger, als er im letzten Friedensjahr (1913/14 : 39,6 Millionen) eingenommen hat.

Man sieht, was für Löcher die Schiffahrtskalamitäten in das englische Budget reißen; wollen wir hoffen, daß sie noch größer werden, als man sie sich jetzt denkt.

Aus Customs und Excise hat der Schatzkanzler insgesamt gewonnen im Jahre

1913/14 . . .	75,04	Millionen	Pfund	Sterling
1914/15 . . .	80,97	"	"	"
1915/16 . . .	120,82	"	"	"
1916/17 . . .	126,94	"	"	"

Erhofft hatte er für 1916/17 136 Millionen Pfund Sterling; er hat also hier einen Ausfall von 10 Millionen Pfund Sterling zu verzeichnen gehabt.

Für das nächste Jahr erwartet er nur noch 106 Millionen Pfund Sterling. Um so verwunderlicher ist es, daß er, wie erneut betont werden muß, um den Mindererträgen zu begegnen, nur beim Tabak und nicht auch an anderen Stellen, wo solches tatsächlich noch möglich gewesen wäre und etwas gebracht hätte, aufgeschlagen hat!

B. Direkte Steuern

Über die Erbschaftsteuer ist nicht viel zu sagen. Die Gesetzgebung hat während des Krieges keine Änderung — im Sinne einer Erhöhung der Ein-

nahmen — erfahren; ihr Ertrag ist von 27,36 Millionen während 1913/14 auf 28,38, 31,03 und 31,23 Millionen Pfund Sterling in den folgenden Jahren gestiegen.

Die Kriegsgewinnsteuer, mit 6 Millionen Pfund Sterling in den Voranschlag für 1915/16 eingesetzt, brachte damals noch nichts, weil man nicht mehr zu ihrer Einhebung gekommen ist. Für 1916/17 wurde sie auf 86 Millionen Pfund Sterling veranschlagt; sie hat 140 Millionen Pfund Sterling gebracht. Für das laufende Finanzjahr verspricht sich der Schatzkanzler nicht weniger als 200 Millionen.

Und die Einkommensteuer?

Diese Quelle wurde während des Krieges dreimal angebohrt. Nachdem sie dem Schatzkanzler im Jahre 1913/14 47,25 Millionen Pfund Sterling gebracht hatte, standen sich gegenüber ein

	Soll von Millionen	Ist Pfund Sterling
im Jahre 1914/15	53,92	69,40
" " 1915/16	116,42	128,32
" " 1916/17	195,00	205,03
" " 1917/18	224,00	?

England brachte also leßthin reichlich 4 Milliarden Mark Einkommensteuer auf, gegen noch nicht 1 Milliarde Mark im letzten Friedensjahre. Man holt jetzt — es würde unglaublich erscheinen, wenn es nicht Tatsache wäre! — mit der Einkommensteuer den vierfachen Betrag von früher aus dem englischen Volke heraus — das Großartigste, was bisher von einer (auch schon in Friedenszeiten stark aufragenden) Steuergesetzgebung geleistet worden ist. Um sich ein Bild machen zu können von dem Koloß, den die englische Einkommensteuer jetzt darstellt, sei vergleichsweise erwähnt:

1. daß ihr gegenwärtiger jährlicher Ertrag hinreichen würde, um nahezu die volle Vorkriegsschuld des Deutschen Reiches auf einem Brette zu begleichen;

2. daß England die 4 Milliarden Mark, welche Frankreich seinerzeit als Kriegsschädigung an Deutschland leisten mußte, mit einer einzigen, jährlich wiederkehrenden Steuer aufbringt;

3. daß England den von uns im Jahre 1913 ausgeschriebenen Wehrbeitrag, eine einmalige Vermögenssteuer, die in drei Jahren geleistet werden sollte, und von der man insgesamt 1 Milliarde Mark erwartete — was taten wir uns auf diese Steuerleistung und auf unseren Opfermut damals zugute! —, in vierfacher Höhe als jährlich wiederkehrende Einkommensteuer leistet. — Und noch viele Jahre nach dem Kriege leisten wird.

Was mußte ein Mann von (nach britischer Auffassung) „einigem Einkommen“, z. B. von 3000 Pfund Sterling (60 000 Mark), in England früher Einkommensteuer entrichten? Und wie viel jetzt? Er hatte zu zahlen im Jahre

	Pfund Sterling
1898/99 . . .	100
1902/03 . . .	187 (südafrikanischer Krieg)
1906/07 . . .	150
1914/15 . . .	187*)
1915/16 . . .	375*)
1916/17 . . .	525*)
1917/18 . . .	750*)

Und was hat ein reicher Mann abzugeben? Von 30 000 Pfund Sterling (600 000 Mark) wurden in England Einkommensteuer erhoben im Jahre

	Pfund Sterling
1898/99 . . .	1 000
1902/03 . . .	1 870 (südafrikanischer Krieg)
1906/07 . . .	1 500
1914/15 . . .	3 581*)
1915/16 . . .	7 162*)
1916/17 . . .	9 529*)
1917/18 . . .	11 779*)

Bei einem (nach englischer Auffassung) mittleren Einkommen in der Höhe von 60 000 Mark, das noch nicht unter die Supertax fällt, ist also im Laufe der letzten zwanzig Jahre mehr als eine Versiebenfachung der Steuer zu verzeichnen gewesen; bei einem Einkommen von 600 000 Mark aber ist fast eine Verzehnfachung eingetreten.

Ein Mann mit 3000 Pfund Sterling Einkommen mußte während 1914/15, nach dem ursprünglichen (Vorkriegs-) Budget, etwas über 6 Prozent Einkommensteuer entrichten; mit 30 000 Pfund Sterling Einkommen 12 Prozent. Heute zahlt ein Einkommen von 3000 Pfund Sterling 25 Prozent und ein solches von 30 000 Pfund Sterling 39 Prozent.

VII.

Alle in den Krieg verwickelten Länder haben sich bereits veranlaßt gesehen, neue Steuern auszuschreiben; dem Zwange gehorchend, schon während des Krieges in etwas Vorsorge für Verzinsung und Tilgung der sich aufstürmenden Schulden zu treffen, weil es sonst auf einmal zuviel werden würde. In allen Ländern

*) Wholly unearned, reines Renteneinkommen.

Die Ziffern für die einzelnen Jahre geben an die Höhe der Steuer am ersten Tag des betreffenden Finanzjahres, berücksichtigen also nicht die während des Finanzjahres vorgenommenen Erhöhungen.

Mit anderen Worten: der für 1915/16 eingefegte Satz stellte dar die Steuerpflicht für 1915/16 auf Grund des von Lloyd George im November 1914 vorgelegten Steuergesetzes; der für 1916/17 die Steuerpflicht auf Grund des von Mc. Kenna im September 1915 dem Unterhaus zur Genehmigung vorgelegten Gesetzes; der für 1917/18 die Steuerpflicht auf Grund des im April 1916 dem Unterhaus vorgelegten Einkommensteuergesetzes.

werden nach dem Kriege Milliarden für diese Zwecke notwendig werden; und in allen Ländern zerbricht man sich den Kopf, wie sie zur Stelle geschafft werden sollen. Für England ist die Frage — bis lezhin — schon gelöst gewesen, dank den drei großen im November 1914, September 1915 und April 1916 vor das Unterhaus gebrachten und von diesem genehmigten Steuer-
vorlagen.

England hat aufgewendet für den Schuldendienst und zwar der

	1913/14	1914/15	1915/16	1916/17	1917/18
		Millionen Pfund Sterling			
Vorkriegsschuld . . .	24,50	20,50	20,34	19,78*)	17,00**)
Kriegsschuld . . .	—	2,17	39,91	107,47	194,50
	24,50	22,67	60,25	127,25	211,50

Im letzten Friedensjahre (1913/14) verfügte England über eine Staatseinnahme von 198 Millionen, wovon etwas über 12 Prozent auf den Schuldendienst verwendet wurden. 1917/18 werden die Staatseinnahmen von 1913/14 in der vollen Höhe und noch 10 Prozent dazu für den Schuldendienst, und zwar für den Zinsdienst allein, ohne Tilgung, benötigt werden.

Es ist kaum damit zu rechnen, daß die gegenwärtige englische Steuergesetzgebung in der Zeit nach dem Kriege ohne weiteres beibehalten werden wird; es wird wahrscheinlich eine kleine Umstellung erfolgen; vor allem wird ein mächtiger Balken aus den jetzigen Einnahmen herausgenommen werden, nämlich die Kriegsgewinnsteuer. Im wesentlichen jedoch wird das Steuergerüst, welches man während des Krieges aufgerichtet hat, wohl beibehalten werden. Und wie stellt sich dann das Bild unter dem Gesichtspunkt der Beschaffung der Mittel für Zins- und Tilgungsdienst der Kriegsschuld dar?

Es betrug die englische Staatsschuld

am 1. April 1914 . . .	651 Millionen Pfund Sterling
" 1. April 1915 . . .	1109 " " "
" 1. April 1916 . . .	2141 " " "
" 1. April 1917 rund .	3900 " " "

Die Zunahme der englischen Staatsschuld infolge des Krieges im Vergleich zum letzten Friedensjahre, d. h. im wesentlichen die Kriegsschuld, bezifferte sich also

am 1. April 1915 auf . .	458 Millionen Pfund Sterling
" 1. April 1916 " . .	1490 " " "
" 1. April 1917 " . .	3249 " " "

A. Suchen wir uns über die oben gestellte Frage einmal an der Hand des Abchlusses für 1915/16 Klarheit zu verschaffen!

*) Die Minderung gegenüber 1913/14 erklärt sich aus der Einstellung des Tilgungsdienstes und aus der Konversion der Konsols in zweiter Kriegsanleihe.

**) Voranschlag.

Die Einnahmen während 1915/16 betrugen 337 Millionen Pfund Sterling; 139 Millionen Pfund Sterling mehr als während des Jahres 1913/14. Bei einem Steigen der Staatsschuld um 1,490 Millionen Pfund Sterling aber wurden — 5 Prozent Verzinsung und 1 Prozent Tilgung angenommen — nur 90 Millionen für deren Dienst benötigt; um 50 Millionen weniger, als durch neue Steuern zur Stelle gebracht worden waren. Für den Dienst der neuen Schuld war also bestens Vorsorge getroffen worden; so gut, daß man die Schuld mit 5 Prozent verzinsen und nicht nur mit 1, sondern mit 4 Prozent tilgen konnte!

B. Auch für das nächste Jahr ergab sich noch ein außerordentlich günstiges Bild. Bis 1. April 1917 war eine Steigerung der Staatsschuld gegenüber 1. April 1914 zwar um 3,249 Millionen Pfund Sterling festzustellen; aber auch die Staatseinnahmen während 1916/17 waren auf nicht weniger als 573 Millionen gestiegen. Für die Beantwortung der hier zur Erörterung stehenden Frage sind davon allerdings in Abzug zu bringen 140 Millionen aus der Kriegsgewinnsteuer, die keine für den Zins- und Tilgungsdienst der Staatsschuld in Betracht kommende, wiederkehrende Einnahme darstellt. Es verbleiben also noch 433 Millionen Pfund Sterling, was im Vergleich zu den 198 Millionen Pfund Sterling aus dem Jahre 1913/14 ein Mehr von 235 Millionen Mark ergab. Die Steigerung der Staatsschuld erforderte für Zins- und Tilgungsdienst (5 bzw. 1 Prozent) rund 195 Millionen Pfund Sterling. Es waren also auch jetzt noch im Steuerwege 40 Millionen Pfund Sterling mehr zur Stelle geschafft worden, als der Dienst für die vermehrte Staatsschuld bedang.

C. Und nun zum Jahre 1917/18! Die Einnahmen werden veranschlagt auf 639 Millionen Pfund Sterling. Darunter befinden sich 200 Millionen Kriegsgewinnsteuer; nach deren Abzug verbleiben noch 439 Millionen. Wenn man davon auch die 198 Millionen Friedenseinnahmen abzieht, so ergibt sich ein durch Kriegssteuern (ausschließlich Kriegsgewinnsteuer) erzielt Mehr von 241 Millionen Pfund Sterling.

Am 1. April 1918 wird bei vorsichtigster Berechnung die Schuld des englischen Staates um weitere 1,700 Millionen gestiegen, eine Kriegsschuld von mindestens 5000 Millionen Pfund Sterling aufgelaufen sein, deren Verzinsung und Tilgung 300 Millionen erfordern wird.

Da an wiederkehrenden Steuern gegenüber dem letzten Friedensjahr nur 241 Millionen Pfund Sterling zu gewärtigen sind, so ergibt sich hier zum 1. April 1918 ein Fehlbetrag. Das Budget für 1917/18 schafft rund 60 Millionen Pfund Sterling zu wenig neue Steuern zur Stelle, um dem Zins- und Tilgungsdienst der Staatsschuld am 1. April 1918 aus wiederkehrenden Einnahmen genügen zu können.

Am 4. April 1916 hatte Mc. Kenna im Unterhaus das stolze Wort gesprochen: Bevor wir borgen, stellen wir den Schuldendienst sicher! (We never

borrow a pound without making provision in advance by new taxation sufficient to cover both interest and a liberal sinking fund.)

Für das Jahr 1917/18 aber trifft dieser bisher durchgeführte Grundsatz nicht mehr zu*). Will Bonar Law an ihm festhalten, keine Schulden zu machen, ohne vorher für Zins- und Tilgungsdienst Vorsorge getroffen zu haben, dann bleibt ihm nichts anderes übrig, als im Laufe des Jahres weitere Steuern auszusprechen.

Warum hat er das nicht schon jetzt, bei der Vorlage des Budgets, besorgt? War er sich noch nicht ganz klar über das vielerörterte Projekt des Alkoholmonopols?**) Ist er, der konservative Schatzkanzler, der „Zweite im Kabinett“, nochmals Herr geworden über den Premier, über den das Monopol befürwortenden Lloyd George?

Oder war er wirklich der Annahme, daß das mit 1,650 Millionen Pfund Sterling errechnete Defizit für 1917/18 nicht in der vollen Höhe in die Erscheinung treten werde? Hat er wirklich wie mit einer Minderung der Inanspruchnahme Englands durch die Verbündeten, so auch mit einer Minderung der Ausgaben für die „eigene“ englische Kriegführung, mit deren Verbilligung dadurch, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Preisgestaltung in ihrem Lande zugunsten der englischen Anschaffungen beeinflussen werde, gerechnet?

Oder war er der Annahme, daß im Laufe des Jahres der Friede zustande kommt?

Bei letzterer Auffassung dürfte nicht übersehen werden, daß mit Eintritt des Friedenszustandes die „Kriegsausgaben“ nicht so schnell sinken werden; daß die „Übergangszeit“ vielmehr noch horrenden Summen verschlingt.

Der den südafrikanischen Krieg beendigende Friede von Vereeniging kam im April 1902 zustande, drei Wochen nach Beginn des Finanzjahres 1902/03. Wie äußerte sich das bei den englischen Ausgaben? Diese betrugen

während 1899/00 . . .	133,72 Millionen Pfund Sterling,		
„ 1900/01 . . .	183,59	„	„
„ 1901/02 . . .	195,52	„	„
„ 1902/03 . . .	184,48	„	„

*) Die Frage, inwieweit die durch die Kriegssteuern geschaffenen neuen Einnahmen abzüglich der Kriegsgewinnsteuer hinreichen, um die Pensionen an die Hinterbliebenen der Gefallenen und an die Kriegsbeschädigten zu leisten, sowie andere wahrscheinlich an den Krieg sich knüpfende finanzielle Ansprüche zu befriedigen, soll hier nicht erörtert werden.

**) Auf die unzähligen Anfragen, wie es mit dem Plan eines Alkohol-Monopols stünde? Wie weit er gediehen wäre? Ob man das Unterhaus überhaupt mit diesem Problem befaßten oder dieses durch Verordnungen auf Grund des Reichsverteidigungsgesetzes lösen wolle? hat Bonar Law immer ausweichend geantwortet, bis er sich am 14. Juni 1916 auf eine Anfrage von Mr. G. Faber und Mr. Stanton im Unterhaus wenigstens zu dem Geständnis bequemte, daß Vertreter der Brauereien von Regierungsvertretern „ausgefragt werden.“ (That representatives of the trade are being interviewed by the Government); und daß die Regierung die Frage des Alkoholmonopols erneut in Erwägung ziehe, ohne schon sagen zu können, ob sie zu einem positiven Ergebnis gelange. (The Government are considering the matter, as they did once before, and it was not carried out. The same thing may happen again.)

Das Finanzjahr 1902/03, das nicht einmal einen vollen Monat Krieg sah, kostete also dem englischen Staatsschatz nur um 11 Millionen Pfund Sterling weniger wie das „unter vollem Kriegsbetrieb“ gestandene Jahr 1901/02; sogar noch 1 Million Pfund Sterling mehr als das „unter vollem Kriegsbetrieb“ gestandene Jahr 1900/01, eine Tatsache, aus der wir selbst ebensoviel zu lernen haben werden wie der englische Schatzkanzler.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Vom Übermut der Wissenschaft. Jugendlichem Sinne ist es eigen, im Hochgefühl der Kraft seine Fähigkeiten zu überschätzen. Wie jugendlich erscheint doch unsere moderne Wissenschaft, wenn wir sie im Sinne Schellings als ein Weltgeschehen, ein Moment in der Weltentwicklung auffassen! Erst wenige Jahrhunderte ist es her, daß sich langsam die Grundlagen unserer wissenschaftlichen Anschauungen aus den Fesseln mittelalterlicher Gebundenheit lösten. Seit den Zeiten Galileis steht unser ganzes Denken unter dem Banne der mathematisch-naturwissenschaftlichen Methode. Ja, auch die Philosophie der Neuzeit verläuft zu einem wesentlichen Teile innerhalb der mathematisch-naturwissenschaftlichen Forderung oder — man denke an Kant — sucht sich mit ihr auseinanderzusetzen. Es entwickelte sich eine allmächtige Methode, die sogenannte mechanistische, von Kepler an den Gestirnen des Himmels abgelesen, von Newton übertragen auf das irdische Geschehen, auf alle Bewegungsercheinungen, ja auf den Wirkungszusammenhang der kleinsten materiellen Teile. Dasselbe Gesetz, nach dem sich die ungeheueren Himmelskörper bewegen, ist auch wirksam in dem zur Erde fallenden Stein, ja es gilt auch für die kleinsten molekularen Veränderungen. Damit schien der Zauberschlüssel für alles materielle Geschehen gefunden zu sein. Man ging daran, alle physischen Vorgänge in mechanische aufzulösen. Dem Blicke des Naturwissenschaftlers tat sich die berückende Aussicht auf eine „Weltformel“ auf, die alles Sein und Werden umfaßte. Daß man fortgesetzt mit einem metaphysischen X, dem geheimnisvollen Begriffe der Kraft, arbeitete, merkte man nicht oder wollte es nicht merken. Aber wenn hier wirklich eine Weltformel gefunden sein sollte, so mußte ihr doch auch das geistige Geschehen unterworfen sein. Diese Forderung lag um so näher,

als der Mensch seit Kopernikus aus seiner anthropozentrischen Stellung, aus seinem Sonderdasein der Natur gegenüber immer mehr verdrängt zu werden schien. Als ein Naturwesen unter anderen mußte er sich mit seinem Geiste doch auch mechanisch erklären lassen. So tauchte denn jenes auf den ersten Blick so anschauliche und doch so oberflächliche, banale Hirngespinnst wieder auf, das in der Formel „Denken ist Bewegung der Gehirnteilchen“ eine Lösung des schwierigsten aller Welträtsel zu geben glaubte. Ein Frohlocken ging durch die aufklärungsbedürftige Masse. Durch ihre Anschaulichkeit besaß die „naturwissenschaftliche Weltanschauung“ eine Überzeugungskraft, der sich nur tiefer denkende Geister entziehen konnten, und wurde so bald zum Schlagwort für Abergewissenshaft und Halbbildung.

Selbstverständlich haben feinere Geister diese rohe Anschauung zu vervollkommen gesucht; stellt die mechanische Theorie doch tatsächlich eine erste gewaltige Synthese alles Geschehens auf Grundlage der Erfahrung dar. Die Einheit der Welt, jene Sehnsucht philosophischer Geister, schien gewährleistet. Dasselbe Kraft, die das Stäubchen Materie treibt, ist auch wirksam in den kleinsten Teilchen menschlicher Gehirnmassen, auch im Kopfe des genialen Menschen: Goethes Faust, Beethovens Symphonien entstanden so!

Die Ernüchterung mußte kommen. Denn das Ergebnis der ganzen Entwicklung war doch im höchsten Grade unbefriedigend: der Mensch war längst von seinem erhabenen Standpunkt als Herrn der Schöpfung vertrieben; nun aber wurde der Geist aus der Welt herausgedrängt. Nur noch ein gleichmäßig, gleichgültig ablaufendes Uhrwerk blieb.

Zwar hatte sich früh auch bei Männern der Naturwissenschaft das Gefühl eingestellt, daß die mechanistische Methode die „Welt“,